Die verwöhnte Jugend

GENERATIONEN Vielen Jugendlichen geht es nicht gut, doch ein »Doppel-Wumms« für bessere Schulen, mehr Therapieplätze und Armutsbekämpfung bleibt aus. Wie blickt die junge Generation auf ihre Zukunft – und was wünscht sie sich?

Sina Hanenberg zieht ihr Hemd hoch. Die Narbe unter ihrem Bauchnabel ist gerade mal einen Zentimeter lang, kaum noch zu erkennen, aber sie zeugt von einem weitreichenden Eingriff. Hanenberg, 21 Jahre alt, hat sich operieren lassen: »Peritoneale Adhäsion des weibl. Beckens, Hypermenorrhoe, Dysmenorrhoe, abgeschlossene Familienplanung mit Wunsch nach Sterilisation«. Verwachsungen im Becken, starke Regelblutung und -schmerzen. So steht es als Diagnose in ihrem Operationsbericht.

Abgeschlossene Familienplanung. Mit 20?

»Die Klimakrise, die Überbevölkerung, die Nahrungsknappheit, der Krieg in der Ukraine, ein möglicher Atomschlag, wie kann überhaupt noch jemand Kinder in die Welt setzen?«, fragt Hanenberg. Zum ersten Mal habe sie mit 14 Jahren darüber nachgedacht, sich sterilisieren zu lassen. Sie habe verschiedene Gynäkologen gefragt, doch über Jahre hinweg sei sie nicht ernst genommen worden. Aber Hanenberg war fest entschlossen.

Für die gesamte OP mit Veröden der Gebärmutterschleimhaut und das Durchtrennen der Eileiter hat sie 1450 Euro gezahlt. Hanenberg findet, die Menschen machten sich zu wenig Gedanken, Kinder würden einfach in die Welt gesetzt, in eine Zukunft, die nicht rosig aussieht. »Ich wünschte, meine Generation würde den Arsch hochkriegen und die Welt retten, aber sie wird es nicht hinbekommen.«

So drastische Konsequenzen wie Hanenberg ziehen die wenigsten Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland. Zukunftssorgen treiben jedoch die meisten um, wie eine Civey-Umfrage im Auftrag des SPIEGEL zeigt. Mehr als die Hälfte der befragten 16- bis 25-Jährigen stimmen der Aussage eindeutig oder eher zu, dass sie sich Sorgen um ihr persönliches Leben machen, wenn sie an die Zukunft denken. Noch deutlicher fällt die Einschätzung auf die Gesellschaft bezogen aus: Gut drei Viertel der jungen Menschen stimmen der Aussage zu, sie machten sich Sorgen um die zukünftige Entwicklung.

Ähnliche Ergebnisse hatte zuvor die Studie »Jugend in Deutschland« geliefert, für die im Frühjahr mehr als 1000 Menschen zwischen 14 und 29 Jahren befragt wurden. Zu den größten Sorgen gehören demnach die Inflation, der Krieg in Europa, der Klimawandel und eine Wirtschaftskrise. Laut einer Umfrage unter jungen Menschen im Auftrag von TUI, die Mitte Juni erschien, richten sich 44 Prozent der jungen Menschen auf Wohlstandsverluste ein. Den Lebensstandard ihrer Eltern werden sie ihrer Ansicht nach selbst nicht erreichen. »Die fetten Jahre sind vorbei«, dieser Satz ist für sie mehr Lebensgefühl als Filmtitel.

Viele Sorgen sind nachvollziehbar. Die junge Generation steht vielen Ungewissheiten gegenüber. Wie werden sich Krieg, Klimawandel und rasant steigende Preise auswirken? Welche Folgen haben Staatsverschuldung, Fachkräftemangel und das unterfinanzierte Rentensystem? Kurz: Wie sieht die Zukunft aus, nachdem frühere Generationen seit Ende des Zweiten Weltkriegs über ihre Verhältnisse gelebt haben?

In Deutschland leben fast 16 Millionen Menschen unter 20 Jahren. Auf ihnen lastet die Bürde, all die anstehenden Probleme auszuhalten und kluge Lösungen für die Zukunft zu finden; sprich: die Welt oder zumindest einen Teil davon zu retten. Kriegen sie dafür »den Arsch hoch«, wie Hanenberg sagt? Haben sie, krisengebeutelt, die Kraft dafür?

Klaus Hurrelmann, 79, der wohl renommierteste und älteste aktive Jugendforscher Deutschlands, spricht von einer »ungewöhnlichen Häufung« von Krisen, denen junge Menschen aktuell ausgesetzt sind. »Wir haben damit ein ernstes Problem, das es so noch nie gegeben hat.« Hurrelmann ist einer der Autoren der Studie »Jugend in Deutschland«. Bei rund einem Drittel der Jungen spitzten sich psychische Belastungen zu, sagt er. Sie seien »teilweise am Rande ihrer Möglichkeiten«. Die größten Belastungen: Stress, Antriebslosigkeit, Erschöpfung, Depressionen, Selbstzweifel.

»Wir haben ein ernstes Problem.«
Klaus Hurrelmann, Jugendforscher

Kinder und Jugendliche reagierten öfter gereizt, konsumierten häufiger Drogen und nutzten den Computer häufiger. »Das sind die drei Ventile, die immer aufgehen, wenn Druck entsteht«, sagt Hurrelmann. Ein großer Teil der jungen Menschen habe zwar eine gewisse Routine darin entwickelt, mit dem »Dauerkrisenmodus« umzugehen, aber bei einer anderen, kleineren Gruppe seien die »Kräfte der psychischen Abwehr verbraucht«. Rund ein Zehntel der jungen Bevölkerung sei »psychisch behandlungsbedürftig«, unter anderem wegen empfundener Hilflosigkeit und Suizidgedanken.

Psychische Belastungen würden angesichts der vielen Krisen alle Altersgruppen treffen, sagt der Jugendforscher, »aber in der Phase der Pubertät und bei jungen Erwachsenen schlagen sie, symbolisch gesprochen, am stärksten zu. Das ist die Phase, in der ich mich sortiere, selbstständig werde, Verantwortung für mich übernehme. Wenn in einer solchen Phase eine Krise kommt, die mich lähmt, Ohnmachtsgefühle verursacht, ist das spürbar empfindlicher als in späteren Lebensjahren«.

Die Realität und das Image der Jungen klaffen weit auseinander. Angeblich sind sie arbeitsscheu und verwöhnt, von Überfluss und überfürsorglichen Eltern geprägt, die ihre Kinder sogar in den Hörsaal begleiten, wie es mitunter heißt.

Geht es den Jungen also zu gut? Der SPIEGEL hat mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen gesprochen, hat Eltern, Psychologen, Politikerinnen und Wissenschaftler befragt sowie einschlägige Studien ausgewertet. Daraus ergibt sich ein ganz anderes Bild. Eins, das eine, zumindest in Teilen, stark belastete Generation zeigt, die von Staat und Gesellschaft im Stich gelassen wird.

1. Psyche

Merle, 19, lebt mit ihren Eltern, beide Akademiker, und ihrer Schwester in einem Dorf am Rande Niedersachsens. Ein Einfamilienhaus in einer kleinen Siedlung, gepflegte Gärten mit Trampolinen, behütete Verhältnisse. »Familie ist mir sehr wichtig«

Sina Hanenberg, 21

Sofia Brandes / DER SPIEGEL

sagt Merle, die eigentlich anders heißt. Sie jobbt, trifft Freunde. Vor gut einem Jahr hat sie ihr Abitur mit 1,2 gemacht. Viele andere wären einfach stolz darauf. Doch Merles Geschichte rückt das Einser-Abi in ein etwas anderes Licht.

»In der neunten Klasse, mit 15, hat es angefangen«, erzählt sie. »Da habe ich meiner Mutter gesagt, sie bräuchte mir kein Schulbrot mehr mitzugeben, ich hätte keinen Hunger. Das stimmte aber nicht.« Merle wollte nichts mehr essen, sondern abnehmen, die angeblichen »Problemzonen«, die sie an ihrem Körper entdeckt zu haben glaubte, weghungern. »Danach hat sich das verselbstständigt«, sagt sie. Merle aß immer weniger. Innerhalb weniger Wochen nahm sie zehn Kilogramm ab.

Ein Arzt diagnostizierte eine Essstörung, aber der Begriff trifft es nicht. Nicht nur das Essen war gestört. In Merles Kopf setzten sich Gedanken fest, gegen die sie sich machtlos fühlte und die ihr ganzes Leben krankhaft auf Perfektion und Leistung ausrichteten: Ich muss stundenlang lernen, ich darf nicht essen, und wenn ich doch esse, muss ich mir das mit Sport »verdienen«. So erzählt sie es.

Merle sagt, sie habe meist nach der Schule Hausaufgaben gemacht, dann für Klassenarbeiten geübt und oft kaum aufhören können zu lernen. »Ich habe nie darauf vertraut, dass ich genug kann; egal wie viele Einsen ich hatte.« Abends sei sie fünf Kilometer joggen gegangen; die wenigen Kalorien verbrennen, die sie überhaupt zu sich genommen hatte. Ihre Eltern hätten versucht, ihr Druck zu nehmen, die Schule habe ihn verstärkt.

Als etwa in der zehnten Klasse wichtige Prüfungen anstanden, hätten Lehrer vorab richtig Stress gemacht, sagt Merle. »Immer wieder hieß es: ›Fangt bloß rechtzeitig an zu lernen.‹ Für Menschen wie mich, die ohnehin anfällig sind für Leistungsdruck und sich viel abverlangen, wird der Druck umso größer.« Dazu kam Corona, Distanzunterricht, ein Alltag mit wenig Struktur, aber vielen strengen Regeln. Umso mehr, sagt Merle, habe sie ihr Essen rationiert. Sie sei verzweifelt gewesen: »Das Einzige, was mir noch ein gutes Gefühl gegeben hat, war: nicht essen.«

Merle war inzwischen in der Klinik, sie kämpft sich aus ihrer Essstörung. Nur »Loslassen« fällt ihr noch schwer. »Ein bisschen jobben, in den Tag hineinleben, ein Gap-Year einlegen – das war eigentlich das, was ich nie wollte. Jetzt mache ich genau das, weil ich gesund werden muss.« Dazu gehört auch: lernen, freie Zeit zu genießen.

Erstmals ärztlich behandelte Essstörungen haben laut DAK-Jugendreport 2022 bei 15- bis 17-jährigen Mädchen zwischen 2019 und 2021 um 54 Prozent zugenommen. Auch bei Ängsten und Depressionen gab es einen Anstieg. Liegt all das an der Leistungsgesellschaft? Dem Körperkult in den Medien, der Klima- oder der Coronakrise?

Ausgerechnet Kindern und Jugendlichen wurde in der Pandemie besonders viel abverlangt. Schulen blieben in Deutschland coronabedingt laut einer ifo-Studie länger als in manch anderen Ländern teilweise oder komplett geschlossen: 183 Tage im Schnitt. SPD-Gesundheitsminister Karl Lauterbach erklärte Anfang des Jahres, aus heutiger Sicht seien diese Maßnahmen ein Fehler gewesen. Fast drei Viertel der Kinder und Jugendlichen seien noch psychisch belastet; das heißt nicht unbedingt psychisch krank.

Niedrigschwellige Hilfen gibt es zwar an einigen Schulen. Doch laut dem Schulbarometer, einer Umfrage unter rund 1000 Lehrkräften im April 2022, haben lediglich gut drei Viertel der Schulen Schulsozialarbeiter. Nur rund ein Drittel kann auf Schulpsychologen zugreifen. Der Bedarf wird damit nicht gedeckt.

Ambulante Praxen und Kliniken können den Andrang ebenfalls nicht bewältigen. Schon vor Corona habe es einen Rückstau gegeben, sagt Ingo Spitczok von Brisinski, Chefarzt der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Viersen, Patienten hätten lange auf einen Therapieplatz warten müssen, weil der Bedarf falsch geplant worden sei. Betten in der Jugendpsychiatrie seien abgebaut, später wieder aufgestockt worden – aber sie reichten nicht aus. Wartezeiten lägen bei mindestens einem halben Jahr.

Der Arzt findet, dass die Welt von Kindern und Jugendlichen nicht erst seit Corona auf wackeligen Beinen steht. »Eltern konzentrieren sich mehr auf sich selbst, Großeltern wohnen weit weg, die familiäre Unterstützung, der soziale Halt, das gegenseitige Trösten hat abgenommen.«

Zugleich seien die Anforderungen gestiegen, Kinder und Jugendliche sollten leistungsfähig sein, sich selbst verwirklichen. Mit diesem Druck würden sie anfälliger für Störungen. »Jugendliche fühlen sich allein auf der Welt, sie haben keine Zuversicht mehr und ziehen sich komplett zurück«, sagt der Arzt. Mit düsteren Serien oder Videos könnten sie sich leicht in einen Angstrausch begeben.

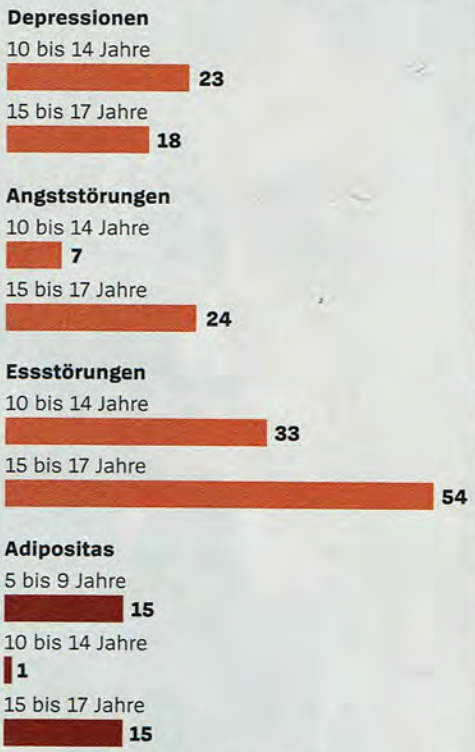
Stabile Familien sind zwar kein Garant für eine gesunde Kinderseele, gelten aber als wichtiger Schutz. Sie können Halt bieten. Doch viele Eltern fühlen sich selbst stärker als zuvor erschöpft und belastet. Ein Drittel steht »unter psychischem Druck«, wie die AOK-Familienstudie von 2022 zeigt.

Wenn die Pandemie eins gelehrt hat, dann eigentlich dies: dass Schulen unverzichtbare Orte sein können, um Freunde zu treffen, sich als Teil einer Gemeinschaft zu erleben, sich gut zu fühlen. Aber sie können auch Schaden anrichten. Beim Deutschen Schulbarometer, das in diesem Jahr veröffentlicht wurde, erklärte knapp die Hälfte von rund 1000 befragten Schulleitungen, traditionelle Prüfungskultur und Benotungspraxis seien eine starke psychische Belastung für Schüler. Nur sieben Prozent sagten, sie hätten dazu gezielt Schulentwicklungsprozesse angestoßen. Fehlt die Energie?

Der Pandemie sei oft ein Verstärkereffekt zugeschrieben worden, sagt Julian Schmitz, Professor für Klinische Kinder- und Jugendpsychologie an der Universität Leipzig. Das gelte auch hier: »Erschöpfte Kinder treffen jetzt auf erschöpfte Lehrer. Das ist eine toxische Mischung, die sich da in den Schulen zusammengebraut hat.« Mehr Schulpsychologinnen und Sozialarbeiter könnten helfen, um Lehrkräfte zu entlasten – und die Kinder.

Psychisch belastet

Zunahme erstmals ärztlich behandelter psychischer Erkrankungen bei Mädchen und Adipositas bei Jungen 2021 gegenüber 2019, in Prozent



S • Quelle: DAK-Gesundheit; Datenjahre 2018 bis 2021; Fälle je 1000; Falldefinition: M1Q einer gesicherten ambulant-ärztlichen Diagnose und diagnosefreies Vorjahr

2. Ungleichheit

Die meisten jungen Menschen haben den älteren etwas voraus. Sie blicken zwar pessimistisch auf die gesellschaftliche Lage, sind aber insgesamt deutlich optimistischer als die ältere Generation. Das gilt auch für ihre persönliche Zukunft. Jugendforscher Hurrelmann erklärt das vor allem mit den »hervorragenden beruflichen Perspektiven am Arbeitsmarkt«. Der Fachkräftemangel ist nicht nur Last, sondern – mit anderer Perspektive – auch Chance.

Gute Aussichten, zumindest beruflich einen Platz in der Gesellschaft zu finden, könnten viel von dem übrigen Druck abfedern, sagt Hurrelmann. Insofern seien die Belastungen für junge Generationen schon größer gewesen als heute, etwa in den Achtzigerjahren: Kalter Krieg, Angst vor atomarem Super-GAU, dazu hohe Arbeitslosigkeit – von alldem waren junge Menschen damals geprägt. Die heutige Elterngeneration

wuchs mit dem Slogan »No Future« auf.

Wird derzeit also auf hohem Niveau gejammert?

Viel mehr Kinder eines Jahrgangs als früher gehen aufs Gymnasium, viel mehr machen ein Einser-Abitur. Die Welt scheint ihnen mit zahlreichen Angeboten zum Schüleraustausch, zu Studien und Ausbildungen offenzustehen. Stimmt, sagt Hurrelmann, aber die Generation sei sehr heterogen, *die* Jugend gebe es nicht.

Die Gruppe lasse sich etwa dritteln: in diejenigen, die sehr behütet aufwachsen, finanziell abgesichert sind, Abitur machen, die intellektuelle Fähigkeiten haben, um ihre Interessen anzumelden. Dann gebe es diejenigen, sagt Hurrelmann, »die so in der Mitte sind«, mittlere Schulabschlüsse haben, und schließlich diejenigen aus eher prekären Verhältnissen mit schlechten Schulleistungen. Sie treffen die Krisen am meisten.

»Es ist praktisch mit jedem Jahrzehnt schwieriger geworden, mit einem schwachen Schulabschluss erfolgreich weiterkommen zu können«, sagt Hurrelmann. Die Coronakrise habe nun »die Schwachen noch schwächer gemacht, teilweise richtig unter Wasser gedrückt. Deren Chancen am Arbeitsmarkt sind objektiv nicht gut, und das wissen die auch«. Umso größer sei der Frust, zumal wenn sich die Jugendlichen ihr Versagen selbst zuschrieben.

Im Mai zeigte die Iglu-Studie, ein internationaler Vergleich von Viertklässlern im Lesen, dass Kinder aus Arbeiterfamilien für eine Gymnasialempfehlung besser lesen können müssen als Kinder aus Akademikerfamilien. Im Herbst offenbarte die bundesweite IQB-Studie, dass rund ein Fünftel der Viertklässler nicht mal mehr grundlegende Fähigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen erwirbt. Überdurchschnittlich vertreten: Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien. Schulen schaffen es nicht, die fehlende Förderung zu Hause ausreichend zu kompensieren; geschweige denn, soziale Probleme aufzufangen.

So wie bei Jesaja, 19 Jahre alt, weiche Gesichtszüge, tiefe Stimme. Sein Beispiel zeigt, wie sehr die Nöte, die er zu Hause erlebt hat, sein Lernen belastet haben – und wie überfordert die Schule damit in seinem Fall war. Als er klein war, hat ihn seine Mutter geschlagen, so erzählt er es in einem Büro im Verein zur Beruflichen Förderung und Ausbildung (VBFA) in Chemnitz.

Jasmin Zwick / DER SPIEGEL

Henning Kretschmer / DER SPIEGEL

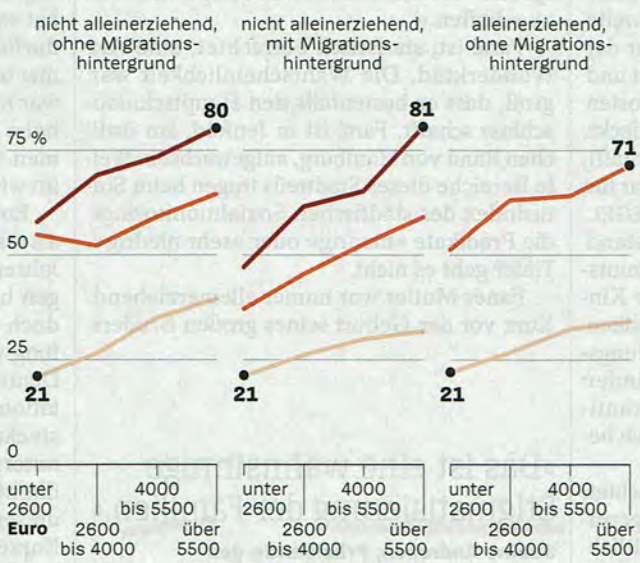
Jesaja, 19, Momo Fané, 21: Sie haben die Kurve gekriegt – weil sie unterstützt wurden

In der Grundschule habe er sich sehr zurückgezogen, sagt Jesaja. »Ich habe nicht mit anderen Kindern gesprochen, manchmal habe ich mich auch unter dem Tisch versteckt.« Seine Lehrer hätten das völlig falsch interpretiert. »Die dachten, ich hätte eine Behinderung.« Deshalb sei er auf eine Förderschule geschickt worden. »Das war schlimm.«

Der Umgangston sei rau gewesen. Andere Schüler hätten ihn oft mit »Verpiss dich« begrüßt. Er habe außerdem gemerkt, dass er sehr viel mehr konnte als seine Mitschüler.

Ungleiche Chancen

Anteil der Kinder von 10 bis 18 Jahren, die ein Gymnasium besuchen, nach familiärem Hintergrund und Haushaltsnettoeinkommen, in Prozent



S • Quelle: Ifo Chancenmonitor auf Basis des Mikrozensus 2019

»Ich war verzweifelt«, sagt Jesaja. »Ich bin unterschätzt worden und habe keine Hilfe bekommen.« Weil sein Vater eine neue Frau kennenlernte, deren Kinder eine Waldorfschule besuchten, wechselte auch Jesaja dorthin – flog aber raus, weil er mit dem Umfeld nicht klarkam, so erzählt er es.

Mit 13 Jahren begann er zu kiffen, mit 15 bekam er einen Berufseinstiegsbegleiter. Der habe auf ihn eingeredet, sagt Jesaja, deshalb habe er schließlich seinen Hauptschulabschluss geschafft. Zur Ausbildung kam er trotzdem bekifft. Manchmal rauchte er zwischen zwei und vier Uhr morgens eine Bong, »um klarzukommen«, ging zugedröhnt zur Arbeit und stellte sich da an die Maschinen. »Ich war das letzte Wrack.« So erzählt es Jesaja.

Seine damalige Freundin habe ihm geholfen, aus der Sucht zu kommen. Jesaja fand aber auch Hilfe beim VBFA. Die Geschäftsführerin Yvonne Kilian sagt, hier hätten sie Jesaja zurück ins Leben manövriert, mit viel gutem Zureden, Ausdauer und Verständnis für seine Wutausbrüche. Kilian erlebt viele Jugendliche hier, die sich nichts zutrauen, weil ihnen Eltern und Lehrkräfte wieder und wieder vermittelt hätten, aus ihnen würde nie etwas werden.

Es sind Mädchen und Jungen, die Lese-Rechtschreib-Schwächen haben, Lernbehinderungen; sogenannte Brüche in der Bildungsbiografie. Kilian sagt, manche hätten Schulden, sie wüssten morgens nicht, wo sie abends schlafen werden und wie sie ihr Essen bezahlen können. Beim VBFA, einer gemeinnützigen Einrichtung der Diakonie, arbeiten deshalb auch Sozial-

arbeiter und Psychologen, die den Jugendlichen helfen, erst mal das Grundlegendste auf die Reihe zu bekommen. »Wir können es uns nicht leisten, Jugendliche zurückzulassen«, sagt Kilian.

47.500 junge Menschen in Deutschland haben im Jahr 2021 die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen. Das sind etwas mehr als sechs Prozent aller Jugendlichen eines Jahrgangs, wie aus einer Studie der Bertelsmann Stiftung hervorgeht. Auf etwa diesem Niveau stagniert die Quote seit rund zehn Jahren. Und: Fast ein Fünftel der jungen Erwachsenen, 2,64 Millionen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren, hat keine abgeschlossene Berufsausbildung. Viele von ihnen sind neu zugewandert.

Jesaja glaubt, ohne den VBFA wäre auch er auf der Strecke geblieben. Nun hat er noch mal eine Chance bekommen und wird im VBFA zum Fachpraktiker für Industriemechanik ausgebildet. Dafür bekommt er ein Ausbildungsgeld von 577 Euro netto im Monat. Er hat jetzt eine Perspektive.

Jesaja möchte nun seinen Führerschein machen, ein Auto haben, eine eigene Wohnung. »Das volle Programm«, sagt er. »Ich will mal irgendwann einkaufen gehen, ohne aufs Geld zu gucken.«

3. Armut

2,9 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland galten 2021 als armutsgefährdet. Sie leben in Familien, deren Einkommen unter 60 Prozent des Median-Nettoeinkommens in Deutschland liegt. Für Eltern mit zwei Kindern wären das rund 2400 Euro netto. Als armutsgefährdet gelten auch Familien, die Bürgergeld erhalten. Eine vierköpfige Familie kommt hier laut Regelsatz, je nach Alter der Kinder, auf bis zu rund 1800 Euro.

Heinz Hilgers, 75, seit Kurzem aus dem Amt, hat als Präsident des Kinderschutzbunds jahrzehntelang beobachtet, was ein Leben am Existenzminimum konkret bedeutet: »Armut ist die Jeans, die nach der Wäsche nachts auf die Heizung kommt, weil es keine zweite gibt. Armut ist, wenn ein Kind kurz vor der Klassenfahrt Bauchschmerzen bekommt und nicht mitfährt, weil der Staat zwar die Kosten der Reise, aber nicht das Taschengeld deckt. Armut ist, wenn man die Schule nicht schafft, weil von Geburt an zu wenig Geld da war für Bildung«, erklärte Hilgers kürzlich im SPIEGEL.

Oft kommen ein niedriger Bildungsstand der Eltern, Arbeitslosigkeit und die Armutsgefährdung zusammen. Der Anteil der Kinder, die mit mindestens einem dieser Risiken aufwachsen, geht laut nationalem Bildungsbericht nur sehr langsam zurück. Kinder von Alleinerziehenden und aus migrantischen Familien sind überdurchschnittlich betroffen.

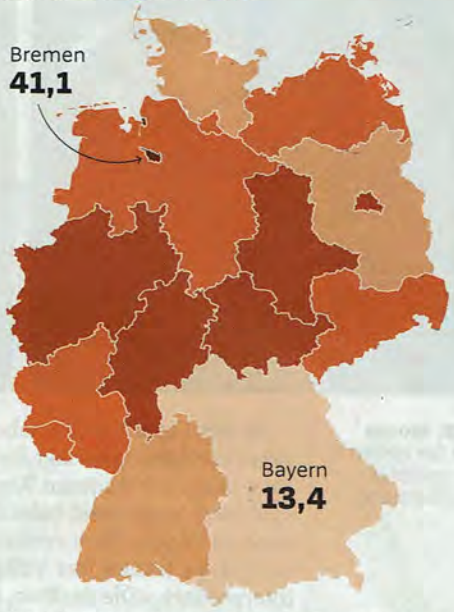
Diese Kinder werden, statistisch betrachtet, in jeder Hinsicht abgehängt. Sie haben geringere Bildungschancen, sind gesundheitlich mehr gefährdet, leiden häufiger unter psychischen Erkrankungen, Bewegungsmangel, Übergewicht und riskanter Mediennutzung. Sie machen auch seltener das Seepferdchen oder können gar nicht schwimmen.

Drohende Armut

Armutsgefährdungsquote* der unter 18-Jährigen in Deutschland 2021, in Prozent

unter 17 | 17 bis unter 20 | 20 bis unter 23 | 23 bis unter 26 | ab 26

Bundesdurchschnitt: **20,8**



* Anteil der Kinder und Jugendlichen in Haushalten mit einem Einkommen von weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Bundesmedian)

S • Quelle: Bertelsmann Stiftung

Momo Fané, 21 Jahre alt, schiebt sich am Tresen des Jugendbereichs der »Arche« im Hamburger Stadtteil Jenfeld vorbei, eines christlichen Kinder- und Jugendzentrums. Ein paar Jugendliche klopfen ihm auf die Schulter, andere begrüßen ihn mit Handschlag. Fané ist hier nicht irgendjemand. »Ich bin ein Vorbild für die Jugendlichen«, erklärt er im Gespräch. »Sie nehmen mich als Ansporn, etwas zu schaffen.«

Fané ist, statistisch betrachtet, eine Art Wunderkind. Die Wahrscheinlichkeit war groß, dass er bestenfalls den Hauptschulabschluss schafft. Fané ist in Jenfeld, am östlichen Rand von Hamburg, aufgewachsen. Weite Bereiche dieses Stadtteils tragen beim Statusindex des städtischen Sozialmonitorings die Prädikate »niedrig« oder »sehr niedrig«. Tiefer geht es nicht.

Fanés Mutter war immer alleinerziehend. Kurz vor der Geburt seines großen Bruders war sie von der Elfenbeinküste nach Deutschland gekommen. Erst hier im Deutschkurs lernte sie richtig Lesen und Schreiben. Später wurde sie Altenpflegerin. So erzählt es Fané. Seine frühere Grundschule hat den Sozialindex 1, der steht auf der sechsstufigen Skala der Bildungsbehörde für »besonders schwierige Rahmenbedingungen«.

»Das ist eine wahnsinnige Stigmatisierung der Familien.«

Sabine Andresen, Präsidentin des Kinderschutzbundes

»Ich bin in Jenfeld mit vielen Freunden aufgewachsen, die auf die schiefe Bahn geraten sind«, sagt Fané, »das ist hier der einfachere Weg.« Er selbst hat hingegen nach der Grundschule die »Eliteschule des Sports« besucht, stand als Mittelfeldspieler beim Rahlstedter SC in der Fußball-Landesliga unter Vertrag und wechselt nun in die Oberliga 5. Vor zwei Jahren hat er Abitur gemacht, seit Herbst studiert er Wirtschaftspsychologie.

Ausschlaggebend für diesen Erfolg ist aus Fanés Sicht vor allem die Arche. Vor seinem Studium hat er hier ein Freiwilliges Soziales Jahr absolviert. »Ich wollte der Arche etwas wiedergeben«, sagt Fané. »Ich habe hier meine komplette Kindheit verbracht.«

Tobias Lucht, der Leiter der Einrichtung, kennt Fané seit der ersten Klasse. Dessen Mutter habe sich damals an das Jugendamt gewandt: Ihr Sohn sollte wegen seines Stotterns zur Logopädie, doch sie konnte ihn wegen ihrer Arbeitszeiten nicht begleiten, wie Lucht sagt. Das Jugendamt habe sie an die Arche verwiesen – und die übernahm die Begleitung, obwohl das eigentlich nicht zu ihrem Angebot zählt. Hier kümmert man sich um Mittagessen, Hausaufgaben, Spielen, Ausflüge – mit kontinuierlichen Bezugspersonen.

Fané sagt, er und sein Bruder seien jeden Tag hergekommen. Während des Coronashutdowns habe er hier für sein Abitur gelernt. Auch den Computer stellte die Arche, als Schule nur noch online ging. »So etwas hatten wir zu Hause nicht«, sagt Fané. Die Arche sei für ihn auch ein Mutmacher gewesen, sich selbst etwas zuzutrauen. Und er wollte seine Mutter stolz machen.

Auch wenn sie nie viel Geld gehabt hätten, sagt Fané: »Ich würde trotzdem sagen, mir hat es an nichts gefehlt.« Dreimal im Monat durfte er sich in der Arche etwas in der Kammer mit den Kleiderspenden aussuchen. »Das war immer unsere Form von Shoppen. Hier habe ich mein erstes Fußballtrikot bekommen.« Seine neunjährige Schwester trage es inzwischen als Schlafanzug.

Rund ein Fünftel der unter 18-Jährigen gilt als armutsgefährdet, dieser Wert hält sich seit Jahren recht stabil. Etliche Bundesregierungen haben Gegenmaßnahmen versprochen, doch passiert ist wenig. »Bei der Bekämpfung von Kinderarmut kommen Politiker in Deutschland immer schnell mit der Argumentation, man müsse mehr Geld in Infrastruktur stecken, um armutsgefährdete Kinder zu unterstützen, statt den betroffenen Familien direkt mehr Geld zu geben«, sagt Sabine Andresen, langjährige Jugendforscherin und seit Kurzem Präsidentin des Kinderschutzbundes. »Dahinter steckt ein tiefes Misstrauen gegen

die Eltern, denen unterstellt wird, sie würden das Geld lieber für sich ausgeben statt für ihre Kinder. Das ist eine wahnsinnige Stigmatisierung der Familien.«

Studien belegten, dass das Misstrauen bei den allermeisten Eltern völlig unbegründet sei, sagt Andresen. Trotzdem wird das Vorurteil in der politischen Debatte immer wieder gepflegt, auch beim aktuellen Streit um die Einführung einer Kindergrundsicherung. SPD, Grüne und FDP hatten sich darauf im Koalitionsvertrag verständigt. Im Kern geht es darum, staatliche Hilfen für arme Familien zu bündeln und zu entbürokratisieren. Unterm Strich sollen sie aber auch mehr Geld zur Verfügung haben als bisher. Die Bekämpfung von Kinderarmut sei »nicht zum Nulltarif« zu haben, betont Familienministerin Lisa Paus (Grüne) – stößt aber auf massiven Widerstand von Finanzminister Christian Lindner (FDP).

Paus fordert zwölf Milliarden Euro, Lindner konterte laut »FAZ«, Familien bekämen bereits sieben Milliarden Euro pro Jahr mehr. Kinderzuschläge werden erhöht. Der größte Teil geht aber durch die Erhöhung der Kinderfreibeträge und des Kindergelds drauf. Vom Kindergeld profitieren alle Familien, auch wohlhabende – nur die Bezieher von Bürgergeld nicht. Bei ihnen wird es verrechnet.

Er sehe keine finanziellen Spielräume mehr für »Umverteilung«, erklärte Lindner in Interviews. Kinderarmut sei oft in der Arbeitslosigkeit der Eltern begründet. Sprachförderung und Integration in den Arbeitsmarkt seien deshalb nachhaltiger als immer höhere Sozialtransfers. »Das geht schon in Richtung Fake News«, konterte Diakoniepräsident Ulrich Lilie im Redaktionsnetzwerk Deutschland. Tatsächlich hätten viele dieser Eltern Jobs im Niedriglohnsektor, sie bräuchten staatliche Hilfe, um überhaupt über die Runden zu kommen.

Tobias Lucht leitet mittlerweile drei Archen in Hamburg, der Bedarf sei einfach so groß. Auch das Jugendamt bitte öfter um Unterstützung. Er schätze die enge Zusammenarbeit, aber paradox sei das schon, findet Lucht. Die Arche ist keine städtische Institution, die 30 Standorte in Deutschland werden fast ausschließlich über Spenden finanziert.

4. Kaputte Infrastruktur

Jugendämter sollen den Kinderschutz in Deutschland gewährleisten, sollen eingreifen, wenn Kinder in Not geraten, Eltern überfordert sind, ihre Kinder vernachlässigen oder gar misshandeln. Doch die Ämter sind an vielen Stellen völlig überlastet. Ein Grund: akute Personalnot.

Magdalena Maria Stengel / DER SPIEGEL

Delal Aba, 15: »Die Politik darf uns gerne mal um Hilfe bitten«

Ungerecht verteilt

Wie viele Beitragszahler einen Rentner finanzieren

für 1978 liegen keine Daten vor; bis einschließlich 1991 nur alte Bundesländer

S • Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund, Berechnungen BiB

»Das System der Kinder- und Jugendhilfe kollabiert. Es kann seinen gesetzlichen Auftrag nicht mehr erfüllen«, schrieb die Bundesarbeitsgemeinschaft Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD), also die Abteilung im Jugendamt, die auch für Kinderschutz und Erziehungshilfen zuständig ist, Ende April an den Kanzler und Ministerin Paus. Eine Mitarbeiterin müsse sich um immer mehr Fälle kümmern.

Bei einer SPIEGEL-Recherche bei Jugendämtern in mehreren großen Städten wie Köln, Hamburg und Berlin ist immer wieder das Gleiche zu hören: Die Aufgaben des ASD sind nach einer Gesetzesreform 2021 umfangreicher geworden. Zudem spüren die Ämter die Folgen der Coronakrise und des Ukrainekriegs. Die Belastung ist in vielen Familien hoch, und es gibt wieder mehr unbegleitete minderjährige Geflüchtete. Gleichzeitig fehlt es an Unterkünften, wenn ein Kind aus der Familie muss. Diese Gemengelage trifft auf den allgemeinen Fachkräftemangel.

In Nordrhein-Westfalen sprechen Wissenschaftlerinnen über eine »Triage im Kinderschutz«. Fachkräftemangel bedeute Kindeswohlgefährdung, sagt Heike Wiemert, Professorin für soziale Arbeit von der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, »wir warten hier täglich auf den nächsten großen Fall«.

In Berlin warnten Mitarbeitende des Kindernotdienstes Mitte Juni in einem Brandbrief an den Senat vor einem »Zusammenbruch«. Die Abwendung akuter Kindeswohlgefährdungen sei nicht mehr garantiert. Kinder, die in Obhut genommen worden sind, müssten mangels Alternativen oft monatelang beim Kindernotdienst bleiben, obwohl die Betreuung auf wenige Tage ausgerichtet sei.

Kinder mit schwersten seelischen Behinderungen seien zunehmend frustriert und verzweifelt, heißt es in dem Brief. So komme es immer wieder zu Gewalt: »Einige der Kinder bewaffnen sich mit spitzen Gegenständen oder Messern, um sich vor Übergriffen zu schützen oder selbst welche zu begehen.« Polizei und Rettungsdienste seien Dauergäste im Kindernotdienst. Hauptgrund für die Misere auch hier: Personalmangel.

Für Kinderschutzpräsidentin Andresen kommt das wenig überraschend. Vor rund zehn Jahren hat sie am Kinder- und Jugendbericht mitgeschrieben, der an die Bundesregierung ging: »Darin haben wir eindringlich davor gewarnt, dass wir auf einen eklatanten Fachkräftemangel im Kinder- und Jugendbereich zusteuern.« Leider habe die Politik es versäumt, dem systematisch entgegenzuwirken.

Egal ob es die Jugendklubs sind, die Jugendämter, die Therapieplätze, die Kitas, die Schulen – Infrastruktur, die Kinder und Jugendliche betrifft, scheint der Staat, in einigen Regionen mehr als in anderen, seit Langem zu vernachlässigen. So gilt etwa auch die Kindermedizin als chronisch unterfinanziert. Seit Jahren warnen Kinderärzte, dass den Kliniken Überlastung drohe. Im Dezember schrieben Berliner Kinderärzte einen Brandbrief: Es herrschten »unverantwortbare Zustände«. Die »Sicherheit unserer Patientinnen und Patienten ist ernsthaft in Gefahr«. So ließe sich die Liste fortsetzen.

5. Generationen-(un-)gerechtigkeit?

Vor über einem Jahr, im Februar 2022, hat Bundeskanzler Olaf Scholz eine »Zeitenwende« verkündet und versprochen, dass die Bundeswehr ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro bekommen soll. Wenig später, im April, beschloss die Ampel eine kräftige Rentenerhöhung. Für Rentner im Westen war es die größte Steigerung seit 1983. Im September versprach die Regierung einen 200 Milliarden schweren »Doppel-Wumms«, um die gestiegenen Energiepreise abzufedern. Zum

Wie viel Zeit bleibt uns noch?

304 Seiten, gebunden · 22,00 €
Auch als E-Book erhältlich.

Wie wir das Klima, unsere Freiheit und demokratische Prozesse gemeinsam schützen, zeigt der preisgekrönte SPIEGEL-Journalist Jonas Schaible in diesem eindringlichen Buch.

»Haarscharf argumentiert, bildgewaltig geschrieben und nichts anderes als exakt am Puls der Zeit.«
Luisa Neubauer

DVA
www.dva.de

SPIEGEL Buchverlag

»Es würde mich nicht wundern, wenn die heute 14-Jährigen mit fünfzig nicht mehr bereit sind, unsere Rente zu zahlen.«

Menno Baumann, Professor für Intensivpädagogik

Jahresende lag die deutsche Staatsverschuldung bei fast 2,6 Billionen Euro. Auch in Kitas, Schulen, Familien sowie Kinder- und Jugendarbeit fließt Geld. Aber im Vergleich wird geknausert. Dabei müsste die Bekämpfung der Kinderarmut höchste Priorität haben, findet Menno Baumann, Professor für Intensivpädagogik an der Fliedner-Fachhochschule Düsseldorf. Denn damit würden auch andere Probleme kleiner, etwa die Gewalt, der Kinder ausgesetzt sind, und Bildungsungerechtigkeit. Optimistisch ist Baumann nicht. Die politische Debatte laufe viel zu oft in die falsche Richtung.

»Wenn konservative Politiker über angeblichen Kinderschutz reden, geht es oft um das Verbot von Cannabis oder die Tabuisierung von Transsexualität«, kritisiert der Pädagoge. »Kinderschutz muss dann herhalten, wenn das konservative Weltbild infrage gestellt wird. Aber es ist keine Rede davon, dass einige Kinder nicht mal jede Woche duschen können, weil das Geld nicht fürs warme Wasser reicht. Es wird nicht über Alkohol als Risikofaktor für häusliche Gewalt diskutiert und nicht darüber, dass unser Killerkapitalismus mehr als 20 Prozent der Kinder in Armut und Bildungsbenachteiligung zurücklässt. Da will man nicht ran.« Baumann findet das unfair: »Es würde mich nicht wundern, wenn die heute 14-Jährigen mit fünfzig nicht mehr bereit sind, unsere Rente zu zahlen.«

Bahnt sich also ein größerer Generationenkonflikt an? Laut der Studie »Jugend in Deutschland« gibt es dafür keine Anzeichen. Im Gegenteil. Sorgen und Nöte der Generationen ähneln sich sehr. Und die Jungen sehen mehrheitlich keine größeren Konflikte mit den Älteren. Fast ist das verwunderlich.

Der Tübinger Politologe Jörg Tremmel forscht seit Jahrzehnten zur Generationengerechtigkeit. Er findet: »Die ältere Generation lädt gerade Schuld auf sich, weil sie in einer ganzen Reihe von Feldern auf Kosten der Jungen lebt. Sie trifft so gravierende Fehlentscheidungen, dass es kaum noch gutzumachen ist.«

Ist das den Älteren egal?

An eine bewusste politische Vernachlässigung von Kindern und Jugendlichen glaube er nicht, sagt Tremmel. Aber in einer Demokratie zählten nun mal die Interessen derjenigen, die das Wahlrecht hätten, »und das haben, aus meiner Sicht willkürlich, Menschen bei uns erst ab 18 Jahren«.

Die Älteren sind in der Mehrheit, deshalb setzen sie sich durch, dazu kommt eine »Verantwortungsdiffusion«, wie Tremmel sagt. Politische Beschlüsse würden meist kollektiv getroffen, nicht von Einzelnen. Je mehr Leute also mitreden, desto kleiner ist das schlechte Gewissen des Einzelnen. Menschen orientierten sich zudem am Hier und Jetzt, die Politik an Wahlperioden. »Die Versuchung ist deshalb groß, dass wir als Gesellschaft jetzt über unsere Verhältnisse leben und die Kosten in die Zukunft verschieben«, sagt Tremmel. »Psychologisch ist das alles erklärbar, aber moralisch nicht zu rechtfertigen.«

Das hat auch Familienministerin Lisa Paus verstanden. Eines ihrer wichtigsten politischen Projekte ist die Kindergrundsicherung. Sie will Kinder und Jugendliche insgesamt wieder »stärker in den Blick nehmen«, wie sie dem SPIEGEL sagte. Helfen soll dabei, nach mehreren gescheiterten Anläufen, dass Kinderrechte endlich ins Grundgesetz kommen. Ob und wann das klappt: ungewiss.

Laut der Civey-Umfrage des SPIEGEL beklagt gut die Hälfte der befragten 16- bis 25-Jährigen, junge Menschen würden zu wenig gehört. Viele werden deshalb besonders laut. Diese junge Generation ist politisch aktiver als manch andere.

Für mehr Klimaschutz engagieren sich viele junge Menschen bei Fridays-for-Future-Demonstrationen oder – radikaler – als Anhänger der »Letzten Generation«. Wieder andere wollen die Schulen verändern, wie Delal Aba aus Osterholz-Scharmbeck in Niedersachsen. »Wir kennen alle Stress oder Angst, wenn die Klausurenphase anfängt«, sagt die 15-Jährige. »Dabei ist es positiv, sich Wissen anzueignen. Aber durch die Bewertung und den Leistungsdruck wird es schlechtgemacht.« Außerdem sei das Schulsystem komplett veraltet. »Klar ist wichtig, wer Goethe ist, aber auch, wie ich mich versichere.«

Delal ist eine von bundesweit 220 Kinderbotschafterinnen vom Bürgerrat Bildung und Lernen. Zusammen arbeiten sie Ideen für besseres Lernen aus und tragen die Vorschläge in die Politik. Ein Austausch mit Kindern aus anderen Bundesländern ergab: »Egal wie gut oder wie schlecht deren Schule war, wir sind immer auf dieselben Verbesserungspunkte gekommen«, sagt Delal. Chancengleichheit, genug Lehrkräfte, eine gute Ausstattung – und es habe auch viele Ideen gegeben, das umzusetzen.

In einem offenen Brief forderten die Jugendlichen Politiker auf, die Vorschläge von Kindern ernst zu nehmen: »Die Politik darf uns gerne mal um Hilfe bitten«, sagt die 15-Jährige, »die unterschätzen uns!«

Silke Fokken, Kristin Haug, Armin Himmelrath, Miriam Olbrisch, Swantje Unterberg ■